
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 5 (1977)

DOI: 10.11588/fr.1977.0.49005

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Das vierte Kapitel dieses Teiles behandelt hierauf den Zeitraum von 1661 bis 1715, die Zeit der Revolten der kleinen Leute, Meutereien, die hier wieder innerhalb einer *Communauté* ausbrachen, sowie die Aufstandsbewegung einer Gemeinde gegen ein äußeres Element, gegen den *Forain*, den *Seigneur*, den Bischof, die Soldaten oder die militärische Autorität, die königlichen Beamten und die Justiz, die königliche Fiskalität und ihre Agenten, ein Revolten-Typus, der auch in anderen Provinzen häufig ist, und schließlich die Revolten gegen den Repräsentanten der Staatsautorität. Am Schluß werden noch die Unruhen wegen Getreide- und Brotmangel, oder wegen des zu hohen Preises behandelt, ein weiterer Typus von Meutereien, der ebenfalls bei den *Croquants* im Südwesten Frankreichs öfters zu finden ist, wie Bercé zeigt.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß Pillorget in seinem ausgezeichneten, sehr solide gearbeiteten Buch vor allem den sporadischen, relativ harmlosen und wenig zerstörerischen Charakter der Volksaufstandsbewegungen in der Provence zwischen 1596 bis 1715 aufzeigt. Er betont die große Diversität der Formen und die Teilnahme der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten an den Revolten und kommt aufgrund seiner profunden Quellenanalyse zu dem Schluß, daß man für die Provence diese Meutereien nicht durch den Zusammenstoß der Klassengegensätze, wie dies Porschnew tut, erklären kann. Bis 1660 zumindest handelte es sich vielmehr um Kämpfe lokaler Parteiungen, um Konflikte des Landes mit der königlichen Gewalt. Dabei machte sich ein wesentlicher Einfluß der politischen und militärischen Konjunktur und der sich in dieser Provinz langsam festigenden königlichen Gewalt bemerkbar.

Konstanten dieser Revolten sind gewalttätige Reaktionen der Gemeinde gegen auswärtige Elemente, besonders gegen die Staatsagenten. Insofern bestätigt der Autor also für die Provence, wenn auch nur zum Teil, die These Mousniers. Das grundlegende Buch enthält ein ausführliches Quellenverzeichnis, eine gute Auswahlbibliographie und ein wertvolles Register.

Peter Claus HARTMANN, Paris

Hans SCHMIDT, Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg (1615–1690) als Gestalt der deutschen und europäischen Politik des 17. Jahrhunderts, Bd. I 1615–1690 Düsseldorf (Verlag Schwann) 1973, 348 S.

Deutschsprachige Historiker, die sich mit der Geschichte nach dem Westfälischen Frieden befaßten, haben sich nur zu lange und ausschließlich mit dem Aufstieg Brandenburg-Preußens und mit dessen dialektischem Widerpart Österreich beschäftigt, was aus der besonderen Sicht des 19. Jhdts. verständlich war. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten – vor allem entlang des Rheins und seiner Seitenflüsse – blieben mehr oder weniger unbeachtet trotz ihrer industriell-wirtschaftlichen, kulturvermittelnden und strategischen Bedeutung für das gesamte Reich. Diese Beschränkung hatte zur Folge, daß die Sonderentwicklung Preu-

ßens zur normativen Größe bei der Analysierung und Bewertung aller anderen staatlichen Gebilde wurde; die historische Eigenart und Identität der Mittel- und Kleinstaaten, die Möglichkeit ihrer Einwirkung auf die Großmächte – auch auf dem Gebiet der Außenpolitik – wurden kaum berücksichtigt. Inzwischen hat sich jedoch die Erkenntnis durchgesetzt, daß die kleineren Territorien nicht nur die Realität des Reiches entscheidend mitkonstituierten, sondern daß sich gerade die Geschichte des Absolutismus, der industriellen Revolution und der Bildung des Nationalstaates sowie seines Untergangs ohne eine Analyse der staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit dieser Gebilde nicht hinreichend deuten läßt.

Ein weiterer Aspekt legt die Beschäftigung mit diesen Territorien nahe: Die wichtigsten Geschichtsquellen Brandenburg-Preußens und Österreichs sind durch Aktenpublikationen und Monographien weitgehend ausgeschöpft. Moderne Darstellungen können daher – wenigstens soweit sie der traditionellen politisch-diplomatischen oder verfassungs- und verwaltungsgeschichtlichen Fragestellung folgen, nicht aber sozial- und kulturgeschichtliche Methoden zur Grundlage haben – kaum wesentlich neue Ergebnisse erbringen, wie dies die jüngste Arbeit über den Großen Kurfürsten von E. Opgenoorth¹ zeigt. Die Archive der ehemaligen Mittel- und Kleinstaaten bergen dagegen eine fast unübersehbare Fülle nicht ausgeschöpften Quellenmaterials zu ihrer inneren Entwicklung und ihren auswärtigen Beziehungen. Die Epoche nach dem 30jährigen Krieg ist zwar durch zahlreiche internationale Untersuchungen auch in ihren Details bekannt, doch ist es zu begrüßen, wenn Arbeiten auf der Basis bisher unbekannter Quellenmaterials – die politische Biographie wird offenbar bevorzugt² – erscheinen, die nicht nur weitere Einzelheiten über die diplomatische Rührigkeit einzelner Kleinfürsten mitteilen, sondern unsere Kenntnis der Antriebsmomente dieser Politik und der Sonderinteressen der Mittel- und Kleinstaaten vertiefen, ihre Position zwischen den sie umgebenden Mächten aufzeigen und möglicherweise zu typologisierenden Erkenntnissen gelangen. Es ist ganz offenbar eine Gefahr dieser Einzelstudien, daß selbst erfahrene und verdienstvolle Historiker über der Darstellung der vielfältigen Einzelaktionen infolge des reichen Quellenmaterials die Gesamtentwicklung und die Motivierungen der Politik aus dem Auge verlieren.

Die Arbeit des Münchner Dozenten H. Schmidt, die in der auf Ranke zurückreichenden Tradition politischer Geschichtsschreibung steht und auf umfangreichem Münchener, Wiener und Karlsruher Archivmaterial beruht, stellt einen der bedeutendsten deutschen Territorialfürsten der zweiten Hälfte des 17. Jhdts. vor, der als Gegenspieler und Verbündeter Österreichs, Brandenburgs und Frankreichs einen großen Einfluß auf die politische Gestaltung seiner Zeit ausüben konnte. Philipp Wilhelm, der als Herzog von Neuburg und Jülich-Berg sowie seit 1685 als Kurfürst von der Pfalz über einen nicht unbedeutenden, aber über das Reich verstreuten Territorialbesitz verfügte, ist aus den meisten

¹ E. OPGENOORTH, Friedrich Wilhelm der große Kurfürst von Brandenburg, eine politische Biographie, Bd. I 1620–1660, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1972.

² Vergl. die Arbeiten von M. BRAUBACH, L. HÜTTL oder W. KOHL.

Geschichtsdarstellungen über diese Epoche zwar bekannt, aber nie hinreichend gewürdigt worden; im Gegenteil, insbesondere die recht kritiklose Würdigung des Großen Kurfürsten hat im 19. Jhdt. unter konfessionellen und ideologischen Gesichtspunkten seine Absichten und Handlungen gründlich verzeichnet.

Der hier vorgelegte erste Band der politischen Biographie des Pfalzgrafen umfaßt die Jugend und ersten fünf Regierungsjahre bis zum Abschluß des Rheinbundes 1658. Der Vf. arbeitet zunächst jene Verhältnisse und Ereignisse heraus, die die spätere Regentschaft bedingten:

1. Der junge Prinz wurde unter der Obhut seiner Mutter Magdalena von Bayern, der Schwester Maximilians I., und der Leitung der Jesuiten im Sinn des katholischen Fürstenideals und der Gegenreformation erzogen. Die Höfe in München und Wien, die wittelsbachische und habsburgische Katholizität waren das entscheidende Vorbild. Dieser Hintergrund seiner Erziehung führte zu einer »katholischen Ausschließlichkeit« (S. 25) und brachte ihm den Ruf eines unbedingten und unduldsamen Verfechters einer allein katholisch orientierten Politik ein; Schmidt macht aber darauf aufmerksam, daß sich der Herzog im Lauf seiner Regierungszeit zu wandeln verstand und ein Mann von erstaunlicher Duldsamkeit gegenüber anderen Konfessionen wurde (Vergl. Anlage XXV).
2. Schon früh zeigte sich die politische Begabung des Prinzen, die ihn in einen Gegensatz zu seinem Vater Wolfgang Wilhelm führte. Der beweglichere, anpassungsfähige und phantasievolle Philipp Wilhelm versuchte mehrfach, in die Regierung seines allzu starren Vaters einzugreifen, was zu einer weitgehenden Entfremdung führte. Gegen dessen Willen heiratete der Prinz 1642 eine polnische Prinzessin; diese Verbindung wurde später die Voraussetzung für die Bewerbung um die polnische Krone. Nach dem Tod Anna Catharinas ging Philipp Wilhelm eine zweite Ehe mit der Darmstädterin Elisabeth Amalia ein, aus der 14 Kinder stammten, die eine umfangreiche Heirats- und Reichskirchenpolitik³ erlaubten. Am bedeutendsten wurde die Heirat seiner ältesten Tochter Eleonore mit Kaiser Leopold I. 1676.
3. Dreh- und Angelpunkt der Pfalz-Neuburger Politik bis 1666 war die Sicherung des niederrheinischen Erbes: Wolfgang Wilhelm hatte 1609 nach dem Aussterben des alten klevischen Herzoghauses in Konkurrenz mit Brandenburg das Gesamterbe für sich beansprucht. 1614 einigten sich beide Seiten in Xanten auf die vorläufige Teilung der Gebiete, wobei den Neuburgern Jülich-Berg zufiel; eine endgültige Regelung des Erbfolgestreits hatte in den folgenden Jahren nicht erreicht werden können. Diese war um so schwieriger, als ungelöste Probleme der Konfessionspolitik eine Verständigung erschwerten und lange Zeit unmöglich machten.⁴ An Versuchen, diesen Schwebezustand gewaltsam zu verändern, hatte es nicht gefehlt: 1646 und 1651 fielen

³ Zur Reichskirchenpolitik: K. JAITNER, Reichskirchenpolitik und Rombeziehungen Philipp Wilhelms von Pfalz-Neuburg von 1662 bis 1690, in: *Annalen des Hist. Vereins für den Niederrhein* 178 (1976) S. 91–144.

⁴ Vergl. K. JAITNER, Die Konfessionspolitik des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg in Jülich-Berg von 1649–1679, Münster 1973.

brandenburgische Truppen in Jülich-Berg ein. Die dabei gemachte Erfahrung politischer Ohnmacht und mangelnder Unterstützung durch den Kaiser hatte für Philipp Wilhelm die Wirkung eines Traumas; die Furcht vor weiteren Angriffen des Kurfürsten und das Gefühl der Unsicherheit bestimmten seine politischen Überlegungen bis 1658 entscheidend.

Die Reichspolitik nach dem 30jährigen Krieg war gekennzeichnet von einem tiefen Mißtrauen der Fürsten untereinander und in die Wirksamkeit der Reichsordnung sowie von der Suche nach einer dauerhaften Friedensordnung; höchstes Interesse galt der Eigenstaatlichkeit der eigenen Territorien. Die allgemeine Furcht, in eine erneute Auseinandersetzung des Hauses Habsburg mit Frankreich hineingezogen zu werden, führte zum Abschluß von Allianzen und zur Bildung einer dritten Partei unter Führung von Kurmainz. Philipp Wilhelms Politik nach seinem Regierungsantritt 1653 fügte sich in diesen allgemeinen Trend ein, verfolgte daneben aber spezifische Interessen, die sich aus der Situation seiner Territorien und dem Antagonismus mit Brandenburg ergaben. Die ersten beiden Jahre brachten eine Abkehr von der Neutralitätspolitik Wolfgang Wilhelms, ohne daß jedoch zunächst eine klare Alternative erkennbar gewesen wäre. Nach mehreren Bündnisgesprächen mit Münster kam schließlich am 25. Dezember 1654 eine Union rheinischer Fürsten zustande, die eine erste Sicherheit bot und ausbaufähig erschien.

Der Tod des Kaisersohnes Ferdinand IV. und schließlich des Kaisers selber brachte Anfang 1657 durch die notwendig gewordene Wahl eines römischen Königs einen neuen Aspekt in die Reichspolitik. Frankreich suchte nach deutschen Verbündeten, um die Wahl eines Habsburgers zu verhindern und einen eigenen Kandidaten erfolgreich krönen zu lassen; dazu hatte Mazarin den Pfalz-Neuburger in Aussicht genommen, der ohne Hausmacht ganz von der Gnade Frankreichs abgehängt hätte. Mit der Vermittlung dieses Angebots wurde Landgraf Georg Christian von Hessen-Homburg beauftragt, der für einige Zeit in französischen Diensten eine ähnliche Rolle spielte wie später Wilhelm Egon von Fürstenberg. Für Philipp Wilhelm bedeutete der französische Schritt die Aussicht auf einen starken Verbündeten, die endgültige Sicherung seiner rheinischen Territorien und einen erheblichen Prestigezuwachs. Bevor er sich jedoch für Frankreich entschied, versuchte er ein letztes Mal, sich mit Wien zu arrangieren, das ihm zuvor schon Hilfe verweigert hatte. Der Vf. weist den Gedanken einer »gewagten Schaukelpolitik« (S. 102) zwischen Kaiserhof und Frankreich mit dem Ziel günstigerer französischer Bedingungen zurück; die Aufnahme einer antihabsburgischen Politik bedeuteten für Philipp Wilhelm einen Bruch mit seiner bisherigen Erfahrung. Erst als die Gesandtschaft seiner Diplomaten in Wien scheiterte, setzte er voll auf die französische Karte. Damit begann eine fast 20 Jahre dauernde Phase Pfalz-Neuburger Reichs- und Sicherheitspolitik, bei der zunächst Jülich-Berg und ab 1660 in wachsendem Maß die polnische Königswahl die zentrale Stellung einnahmen. Wie andere deutsche Fürsten sah auch der Pfalzgraf die Gefahr, die von Frankreich ausgehen konnte, zu diesem Zeitpunkt noch nicht, zumal die Politik Mazarins und Lionnes sich als maßvoll zeigte. Als jedoch Ludwig XIV. ab 1672 diese Beschränkung aufgab

und das Ausmaß seiner Machtpolitik sichtbar wurde, kehrte Philipp Wilhelm zwischen 1674 und 1676 wieder ins kaiserliche Lager zurück.

Die Aussichten des Herzogs auf eine Wahl zum römischen König fanden nach verwirrenden Verhandlungen Mitte 1657 ein Ende; in der Folgezeit konzentrierte er sich darauf, den Abschluß einer Defensivallianz voranzutreiben, nachdem er zuvor ein gegen Spanien und die spanischen Niederlande gerichtetes Offensivbündnis befürwortet hatte, von dem er sich die Rückgewinnung der Festung Jülich und Landgewinn versprochen hatte. Bei den Bündnisgesprächen in Frankfurt war vor allem die Frage einer Zulassung von Brandenburg und Schweden umstritten, da beide in den Polenkrieg verwickelt waren; auf Wunsch von Kurmainz wurden ihre Vertreter an den Verhandlungen beteiligt. Philipp Wilhelm hatte prinzipiell nichts gegen die Aufnahme seines ärgsten Widersachers einzuwenden, sofern seine eigenen Interessen gewahrt blieben; dagegen war Friedrich Wilhelm an einem Entgegenkommen nicht interessiert, zumal seine Verhandlungen über ein Bündnis mit Österreich kurz vor dem Abschluß standen. Dieser am 14. Februar 1658 vollzogene Wechsel der brandenburgischen Politik ließ Philipp Wilhelm keine andere Wahl, als sich noch enger an Frankreich anzulehnen. Am 14./15. August 1658 schließlich wurde die Rheinische Allianz unter Einschluß Frankreichs und Schwedens abgeschlossen. Für den Herzog bedeutete dieses Bündnis die erstrebte Sicherheit vor Brandenburger Angriffen; von dieser Position aus wurde dann 1666 der erfolgreiche Abschluß eines Erbvergleichs mit dem Großen Kurfürsten möglich.

Philipp Wilhelm erwies sich in dieser ersten Phase seiner Regierungstätigkeit als phantasiebegabter, oft auch zu utopischen Plänen neigender Politiker, der sich jedoch immer wieder an den realisierbaren Gegebenheiten orientierte; geschmeidig im Gebrauch der Mittel verfolgte er beharrlich das Ziel, seine Territorien am Niederrhein zu sichern. In den folgenden Jahren, als die politische Lage Brandenburg auf die Seite Frankreichs führte, machte sich seine Haltung bezahlt. Nach der Regelung der Erb- und Konfessionsstreitigkeiten wurde die Phase der Konfrontation von einer engen Zusammenarbeit mit Brandenburg abgelöst, wobei der Neuburger Diplomat Stratmann, der später in kaiserliche Dienste übertrat und Hofkanzler wurde, hervorragende Dienste leistete.

Trotz der vielen verwirrenden Einzelaktionen verliert der Vf. den größeren Zusammenhang der Politik nicht aus den Augen; die Darstellung der Fakten – vielfach aus der Sicht der Pfalz-Neuburger in der indirekten Rede erzählt – wird durch zusammenfassende Erklärungen, Ausblicke auf spätere Entwicklungen und Hinweise auf die wesentlichen Linien unterbrochen. Es steht außer Zweifel, daß H. Schmidt die diplomatischen Probleme der ersten Regierungsjahre Philipp Wilhelms mit großem Scharfsinn und sicheren Analysen anschaulich dargestellt hat, doch gewinnt man den Eindruck, als hätte er sich allzu sehr beschränkt und die Fülle seiner Quellenkenntnisse und seines Wissens über die Zeit des Frühabsolutismus nicht in vollem Maß fruchtbar gemacht. Obwohl viele allgemeine Urteile implicit im Text vorhanden sind, vermißt man doch das Eingehen auf grundsätzliche Fragen in systematischer Form. Es steht zu hoffen, daß der Vf. im Zusammenhang mit der Analyse der Regierungsweise des »sehr

bewußten und entschlossenen Absolutisten« Philipp Wilhelm (S. 133), die im zweiten Band erfolgen soll, auch auf weitere Probleme eingeht. Dazu gehören etwa Mitteilungen über den sozio-kulturellen Aufbau des Pfalz-Neuburger Hofes, die mit dem Streben nach Machtprestige zusammenhängenden spezifischen Verhaltensweisen (etwa die Frage nach den utopisch-irrationalen Wunschvorstellungen), den Aufbau der Verwaltung, die Entscheidungsmechanismen, die staatspolitischen Vorstellungen, die die Erkenntnisse von N. Elias und J. v. Kruedener⁵ verwerten und modifizieren. Offen bleibt ferner der Zusammenhang zwischen Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik, der gerade an den Offensivplänen gegen die spanischen Niederlande, dem wichtigsten Handelspartner Jülich-Bergs,⁶ deutlich werden sollte. In welcher Weise diene die Außenpolitik dem Wiederaufbau der im 30jährigen Krieg zerstörten Territorien? Welchen Einfluß besaßen um diese Zeit die jülich-bergischen Stände? Was hat die umfassende Neubesetzung fast aller wichtigen Regierungsämter zwischen 1653 und 1655 bedeutet? Wie ist der Einfluß der Generäle Virmundt und vor allem Goldstein einzuschätzen?

Die Aufmachung des Bandes ist ansprechend; dem Text ist ein umfangreicher Quellenanhang beigelegt, worunter sich das interessante Dokument zur Toleranzfrage aus dem Jahr 1686 befindet (Nr. XXV). Leider mußte der Anmerkungsapparat auf Wunsch des Verlags hinter die einzelnen Kapitel gesetzt werden, was die Benutzung der reichen Quellenangaben und Zitate erschwert.

Zusammenfassend darf man sagen, daß es sich bei der verdienstvollen Untersuchung von H. Schmidt um ein lesenswertes Buch handelt, das auf Grund eines umfangreichen neuen Quellenmaterials auf die Vorgeschichte der Rheinischen Allianz und auf die Kaiserwahl 1658 neues Licht wirft und die Interessenpolitik eines mittleren Territorialfürsten, der infolge seiner Begabung der Wortführer der Fürstenbank wurde, in den Jahren nach dem Westfälischen Frieden ausführlich darstellt.

Klaus JAITNER, Rom

⁵ N. ELIAS, *Die höfische Gesellschaft*, Neuwied 1969. – J. v. KRUEDENER, *Die Rolle des Hofes im Absolutismus*, Stuttgart 1973.

⁶ Vergl. die beiden Arbeiten von H. v. ASTEN, *Wolfgang Wilhelm u. Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg u. der Aufbau des Montangewerbes in den Herzogtümern Jülich u. Berg 1614–1679. Ein Beitrag zum Merkantilismus am Niederrhein*, in: *Annalen Hist. Vereins Niederrhein* 161 (1959) 146–231. – Ders.: *Religiöse u. wirtschaftliche Antriebe im niederrheinischen Montangewerbe des 16. u. 17. Jhdts.*, in: *Rheinische Vierteljahresblätter* 28 (1963) 62–83.